

Alle ab, wollen aber andererseits auch gegen die „extremen“ Schutzforderungen „antippen“. — Die Beratung der Frage des Arbeitswilligenführers führte zu der Einsetzung einer Kommission, die das vorhandene Material verarbeiten und die Grundlagen für die weiteren Entschlüsse der Fraktion schaffen soll. Damit hätte die national-liberale Reichstagsfraktion ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt aufgegeben; denn wenn man sich erst einmal dazu entschließt, das von den Schwarzmarkern gelieferte Material in einer Kommission zu bearbeiten, so darf mit Sicherheit angenommen werden, daß das Ergebnis darin bestehen wird, daß die Nationalliberalen den Schwarzmarkern entgegenkommen werden. Das schärfe Vorgehen der Schwerindustrie gegen die Nationalliberalen hat sonach bereits zu einem Erfolge geführt. — Die Vorkämpfer auf Schaffung eines Staats-Arbeiter-Rechts veranlaßt die Fraktion, im Reichstage einen Antrag einzubringen auf Vorlegung einer Denkschrift über die rechtlichen Verhältnisse der außerhalb des Rahmenverhältnisses in den Betrieben des Reiches beschäftigten Personen. Ueber die Frage der Gewerke- und Handwerkerpolitik kam man zu keiner Einigung; sie wurde einer dreigliedrigen Kommission überwiesen, die der Fraktion, wenn sie im Reichstage wieder zusammentritt, Bericht erstatten soll.

In welchem Vordringen sich die Nationalliberalen? An der Volkstritt der Reichstag, v. J. 1913 mit großer Entscheidung für die Bildung eines neuen Vordens, ein dem es den Namen **Wohlfahrts- und Arbeits-Vereinigung** geben will. Das Zentrum ist zwar in der Richtung nach Anbänger des Reichstagswahlrechts, aber diese seine Stellungnahme ist rein akademisch und platonisch. In der Praxis stellt es sich gleichfalls auf dem Boden des Dreifachwahlrechts. Das hat sein Verhalten 1910 völlig klar erwiesen. Wenn daher im Abgeordnetenhaus in Bezug auf die politisch wichtigste Aufgabe der Zeit von einer Zusammenfassung zu einem Block getrieben wird, so kann dies nur die Gruppierung der Anhänger des abgeleiteten Wahlrechts in der ersten Gruppe des Dreifachwahlrechts auf der anderen Seite sein. Die letztere Gruppe würde zweifellos Nationalliberale, Freirepublikaner und Zentrum umfassen. Voraussetzungen aber würden nach den bisherigen Erfahrungen bei der Regelung der Redungsfrage die Konventionen nicht abgeleitet werden können, sondern mit den erwerbenden drei Gruppen zur Erledigung des Wahlrechtsproblems zusammenzufassen bereit sein.

Diesen Block wünscht nun Herr v. Jellisch auch auf den Reichstag übertragen, daher der lange Kampf um den für den neuen Block erwerbenden drei Betreibungen sind im Grunde genommen schon geschlichtet, gleichwie die Nationalliberalen nach dem Schein der Konventionen mit den Fortschrittlichen aufrecht erhalten. In Bezug auf Politik, also Nahrungsmittelwesen und die ganze staatliche Machtpolitik einschließlich der Wahlrechtsfrage gehen die Nationalliberalen von jeher mit Reichs. Nun kommt nach der Wiesbadener Tagung auch noch der Arbeitswilligenführer hinzu.

„Internationale Verständigung“ der Schwärmer.

In München wird gegenwärtig die diesjährige Tagung des Verbandes für Internationale Verständigung abgehalten. An einer der vielen Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten, war Herr Professor Dr. Kippold die Rede des Verbandes und erläuterte: „Der Verband hat sich niemals mit Mägen und Friedensphantasien beschäftigt; er predigt vielmehr Verhandlungspolitik. Der Verband behauptet, daß die anderen Friedensgesellschaften, er wende sich nur gegen den Nationalismus, der in den Chauvinismus ausartete. Der Verband hat, um ein Bild zu gebrauchen, weder mit dem politischen Alkoholismus der Aldeutschen, noch mit der Abstinenz der Russen etwas gemein, sondern er bewegt sich auf der mittleren Ebene der Temperanz. Er will zwischen den Völkern eine Verständigung herbeiführen, nicht aber den Frieden um jeden Preis. Deswegen könne der Verband auch niemals Stellung für die Abschaffung der Kriege überhaupt nehmen. Er verurteilt nur das leichtfertige Verben aus Kriege. So sei der Redner persönlich der Ansicht, daß ein Krieg zwischen den europäischen Völkern niemals eine Notwendigkeit werden könnte. Es wäre dies um so mehr zu betonen, als ein solcher Krieg unendliches Unheil über Europa bringen und selbst den Sieger mit dauerndem Ruin bedrohen würde. Der Verband könne sich richten, nicht als Idealpolitik getrieben zu haben. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hätte nicht für Zukunftsmittel, sondern für eine weiseres möglich.“

Sagen wir also nach diesem Wenn und Aber, Umfallen und Wiederauftreten: der Verband ist liberal! Er ist ein Produkt seiner Leute, die draußen den Nationalismus besänftigen und von ihrer Verantwortung im Reichstag auf die unerhörte Militärvorlage und konstante Ausrüstung Deutschlands bewilligen lassen. Bedeutung hat der Verband nur, weil auch er ein Verweis dafür ist, daß selbst die liberale Dreifachwahlpolitik in den Mann der Friedensliebe gezogen wird.

Von den weiteren Verhandlungen wird berichtet: Professor Schäfers sprach über die Kriege und den Krieg und beantwortete die Frage auf, ob ein Krieg ein Volk reicher machen könnte. Diese Frage sei zu verneinen. Die vielen Milliarden, die die Völker jährlich für unnütze Waffnungen ausgeben, sollten dazu verwendet werden, die wachsende Armut der unteren Klassen zu besänftigen und die Armut den hundert Schichten zugänglich zu machen. Der französische Senator Dr. Desgranges sprach konstant über die deutsch-französische Annäherung, die sich herbeiführen lasse, wenn auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden sei. Reichstagsabgeordneter Hausmann sprach über das gleiche Thema und erklärte, die Deutschen seien bereit, sich mit Frankreich zu verständigen. Das deutsche Volk sei keineswegs von Gott gegen Frankreich erfüllt. Die Schwärmer allein die Chauvinisten. Darauf schloß der Vorsitzende die zweite Tagung des Verbandes.

Dom Landtagswahlkampf in Baden.

Se näher der Wahltag rückt — so wird uns aus Baden berichtet — desto lebhafter wird's in der politischen Arena. In den Städten find allenthalben Versammlungen der verschiedenen Parteien, Sonntags gehts dann aufs Land, wobei es hin und wieder zu heftigen Kämpfen kommt. Das Ergebnis der vergangenen Woche war die Gründung der neuen Partei, die sich unter der Firma **Radikale Reichspartei** etablierte. Die paar Konfessionen, die den Stamm der neuen Partei bilden, haben durch ein paar unzufriedene radikalere Professoren, Journalisten und Fabrikanten Einfluss erhalten, das übrige belohnt dann das Zentrum, das in verschiedenen Wahlkreisen, so auch

in der Pfalz, seine Kräfte für die Kandidaten der neuen Partei ins Feld schicken wird.

Die Fortschrittlichen und die Nationalliberalen wurden in einer Versammlung der neuen Partei scharf behandelt. Die Fortschrittlichen wurden als antimonarchische Partei betrachtet und den Nationalliberalen vorgeworfen, daß sie den monarchischen Boden durch das Abkommen mit den Sozialdemokraten verlassen hätten. Das ist mehr, als ein liberales Herz ertragen kann. Für die Fortschrittler kommt noch ein weiterer Schmerz dazu. Die Fortschrittler hatten schon lombardische, was Herr Dr. Götter, gerechnet, der so schon für die Weiterbevollmächtigung der Delegation an die Reichstagsfraktion hatte. Und nun kommt ein einmal der Führer der Karlsruher Zentrumler und schlägt die fortgeschrittenen Kämpfer in Schanden ein und erklärt, es könne gar nicht in Frage kommen, Herrn Dr. Götter zu unterstützen. Der Herr des Zentrums soll erregt sein, durch ein angebliches Geheimabkommen mit der Sozialdemokratie, nach dem die fortgeschrittenen Kandidaten im zweiten Wahlgang zugunsten der Sozialdemokratie gestanden hätten. In demselben Abkommen nicht abgehandelt wird, daß die fortgeschrittenen Kandidaten schon noch Gnade bei den Zentrumler finden.

Die Waderattil will nicht liberal kappen. So hat im Bezirk Schwofheim, der im letzten Landtag durch unsern Genossen Müller vertreten war, das Zentrum seine ursprüngliche Absicht, den national-liberalen Kandidaten zu unterstützen, und dadurch der Sozialdemokratie diesen Bezirk zu entreißen, aufgegeben, nachdem der national-liberale Kandidat sich als Anhänger des Großvolks betamte. Das Zentrum hat jetzt in diesem Bezirk einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Freilich ist damit noch lange nicht gesagt, was das Zentrum im zweiten Wahlgang tun wird. Dagegen wird in Vordach-Band, das bisher auch sozialdemokratischer Bezirk war, kein Zentrumsmann aufgestellt. Die Waderattil wird dort von den Nationalliberalen akzeptiert.

Die Zahl der „rechtliberalen“ Kandidaten wird immer größer. Jetzt hat man auch aus der fortgeschrittenen Professor Dummel einen rechtliberalen. Obzwar entgegengekommen hier den Segen sowohl protestantischer als katholischer Pfarrherren erhalten hat.

Gegen die Sozialdemokratie verläuft nun der Kampf mit gar alten und wässigen Waffen. Abgesehen von den üblichen Verleumdungen sind man unterer Arbeit mit sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Obzwar entgegengekommen sind in diesem Kampf „mit geistigen Waffen“ so eifrig wie gewöhnliche Pfarrherren. Die Stimmung draußen auf dem Lande ist eine für uns günstige und daß in den Städten die Ausfahrten für uns auch nicht, zeigt der Ausfall der Gewerbetagsabgeordneten in verschiedenen Städten des Landes, wo überall ein hartes Ansehen der Zentrumler durch die geistig-schärflich organisierten Arbeiterklasse zu verzeichnen war.

Enorme Steigerung der Schweinefleischpreise.

Jeder Versuch, die Einfuhr von Vieh und Fleisch zu erleichtern, wird von den Agrariern in geschäftiger, vollstrebender Weise bekämpft. Für sie leben wir in glänzenden Verhältnissen — die Fleischpreise sind hoch und Hellern weiter hinauf. Die Agrarier kümmern es nicht, daß dabei der Wohlstand der Bevölkerung arg gefährdet wird. Als im vergangenen Jahre die Schweinefleischpreise etwas sanken, erhoben sie ein großes Geschrei: An eine neue Teuerung sei nicht zu denken; und nun? Seit Monaten gehen die Preise wieder fortgesetzt hinauf. In der ersten Hälfte September sind sie im Durchschnitt für 50 Marktorde im Vergleich mit dem Vormonat um nicht weniger als 9 Pf. für das kilo gestiegen. Vergleicht man die jetzigen Preise mit denen in September 1911, dann ergeben sich folgende Steigerungen für 1 kilo:

Schweinefleisch	um 28,1 Pf. gleich 20%
Schweinefleisch, Aufschnitt	„ 8,2 „ „ 11%
Schweinepelz	„ 34,8 „ „ 18%

Im September sind auch die Preise für anderes Fleisch weiter gestiegen! Für Rindfleisch um 0,4 Pf., für Magerfleisch um 0,7 Pf. und für Magerfleisch um 0,8 Pf. Ansehens der bedrohlichen Entwicklung der Fleischpreise sind Maßnahmen zur Abmilderung der Not unbedingt erforderlich. Anstatt für solche einzutreten, erhebt das Agrarierium die Forderung nach Erweiterung und Erhöhung der Schutzzölle.

Fleischzufuhr aus Ausland. Der preussische Landwirtschaftsminister hat das Gesetz der Stadt Berlin um Genehmigung der Einfuhr von Rind- und Schweinefleisch aus Ausland unter den bisherigen Bedingungen bis zum 1. Jan. 1914 genehmigt. beantragt war jedoch der 1. April 1914. Der Minister „genehmigt“ eine notwendige Maßregel nur tropfenweise, um seine Macht zeigen zu lassen, und die Agrarier nicht vor den Kopf zu stoßen.

Eine Selbstentfaltung des Reichverbandes.

Unter dieser Überschrift bringt die freisinnige Königsberger Zeitung die folgende längere Artikel, in dem sie sich mit den Praktiken des Reichverbandes beschäftigt. Sie zeigt, wie es mit der Neutralität des Reichverbandes gegenüber allen bürgerlichen Parteien heute ist. Dieser angeblichen Neutralität, die der Reichverband gern als Ködnerei und Ausbändelung benutzt und ferner, wie der äußere Aufbau und das innere Wesen des Verbandes beschaffen ist. Wie Arbeiter in den Reichverband hineinkommen, zeigte ein Member des Reichverbandes in Königsberg folgendenmaßen:

„Generalsekretär Laube (der Angehörte des Reichverbandes) ging nämlich mit einem befreundeten Fabrikarbeiter in einer Fabrik von einem Arbeiter zu einem andern mit der Aufforderung, den Namen in die bereitgestellten Listen einzutragen. Nachdem hiergegen hervorgehoben wurden dadurch gerichtet, daß den Arbeiter bedeutet wurde, die Direktion wünsche den Beitritt und bezahle den Beitrag. Der Herr Aufseher septe bei dieser Gelegenheit auch hinzu: „Kommen wie einmal in eine andere Fabrik, so werden wir ja doch wieder Sozialdemokraten.“ Der Herr Angehörte des Reichverbandes, der auch ein Reichverbandesmitglied war, wie vor dem Beitrag für die 10 gewöhnlichen Mitglieder nimmt, diese nach wie vor in den Mitgliedlisten führt und mit einer großen Mitgliederzahl prunkte. Das Gros der Mitglieder stellen nämlich diese „nationalen“ Arbeiter.“

Weiter schildert die Darstellungs Zeitung, wie sich der Reichverband mit stiller Enttötung gegen die Tonart der Sozialdemokraten wende, wie aber der Herr Generalsekretär des Reichverbandes, Laube, „von dem Schmutz der Verhältnisse“ und der „Reinheit“ eines „Webel“ freisch und die Sozialdemokraten mit dem Namen „Webel“ belege. Zu den in der Versammlung amfendenden Fortschrittlern hätte er gesagt: Die Fortschrittler haben wir nicht eingeladen. Wir stimmen uns nicht mit diese Partei. Wir verbiten uns die Kritik dieser Partei, um uns zu wahren. Das ist unsere Versammlungsräume meidet. Von einem „Brecht“ gegen die Sozialdemokraten, die den Reichverband, das in den Händen gefallt, sei, habe man abgesehen, weil das Prozedieren der Tonart des Reichverbandes widerpreche.“ (Ob, ob!)

Der Obermeister einer Königsberger Innung hat nach der letzten Reichstagsversammlung gesagt: „Ich habe mich

lange Jahre als langjähriger Parteimann politisch betätigt, eine Geschäftslage mit sozialer Persönlichkeit und Weltkenntnis, wie sie heute bewiesen wurde, habe ich nicht erlangt.“

„Nun, ich habe mich nicht betätigt, wie ich die Geschäftslage für den Reichverband, aber sie zeigt, wie er immer mehr abwärts sinkt und nur noch ein trauriges Dasein fristet.“

Donau's Reich.

Die christlichen Gewerkschaften wollen nicht passiv sein. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (die Herren Giesberts, Schiffer, Wieber, Wegrens usw.) hat eine Reihe von Parteimitgliedern verbannt, weil sie eine Werbung des römischen Propagandisten der Reichstagsfraktion widerstanden und kommentierten, namentlich die christlichen Gewerkschaftsführer in Bezug auf die Gewerkschafts-Statuten dem Papste unterworfen hätten, nach außen hin aber weiter mit ihrer Unabhängigkeit prunkten. Jormig schreiben nun die in ihrer Erscheinenden Petrus-Wähler zu dieser forderbaren Lage.

Es ist doch schon mit der Interprofessionallität herzlich weit gekommen, wenn Katholiken es als eine Verpflichtung oder gar Verleumdung auffassen, daß sie ihrer Gewerkschaftspflicht gegen die ihnen von Gott gelehrte Pflicht nachkommen wollen, so daß sie deswegen sogar geistliche Ämter, die ihnen durch die Kirche verliehen sind, aufgeben und der heilige Vater über die Vorgänge in den katholischen deutschen Arbeiterkreisen und über das Ziel und Ende der „Münchener-Statuten“ unterrichtet war, als es das Münchener „Singulär“ erließ.

Für die Führer der christlichen Gewerkschaften ist es in der Tat eine heilige Pflicht, sich dem fürchterlichen Verbot reinigen zu müssen, dem Heiligen Vater Gehorsam gelobt zu haben.

Die Militärbehörde nimmt endlich zu den Gerichten über die Nachübung in Thüringen das Wort. Sie erklärt, daß sein einziger Todesfall vorgekommen sei. Ueber den Entlassungstermin, den 1. Oktober hinaus, sind wegen Krankheit insgesamt 48 Mann zurückbehalten worden. Ganz sind 21 ins Ausland entlassen, 27 noch in Behandlung. Es handelt sich durchweg um leichte Entstellungen. Von Überanstrengung der Leute könne keine Rede sein.

Der achte preussische Städtetag ist am Montag in Vreslau zusammengetreten. Unter den Teilnehmern sind auch mehrere Parteimitglieder, die in den städtischen Verwaltungen amtierend sind, so die Genossen Eduard Weinsten und Paul Pirch. Nach den städtischen Versammlungen erzielte der Reichstagsführer des Städtetages, Eduard v. D. Dr. Uthaler, Bericht über die bevorstehende Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Er verlangte die Erleichterung der Gemeindefinanz und bemerkte, daß vielleicht die Kapitalrentsteuer eine solche Einnahmequelle darstellen könnte. An der Debatte wurde besonders die Frage des Ausbaus der Volkshochschulen, die dem Gemeindefinanzwesen die Arbeiter wohnen und den Gemeinden, in denen sie arbeiten, besprochen und hervorgehoben, daß der vernünftige Ausgleich durch Einmündung zu erreichen wäre, daß aber die Staatsregierung diese vernünftige Lösung verhindere. Landtagsabgeordneter Engel-Werff beharrte hierbei, daß manche Gemeinden die Ausdehnung des Städtetages, die höhere Schulweilens statt zur Unterbringung der Volkshochschule verwenden. Der Städtetag wandte sich dann der Wohnungsfrage an, und Bürgermeister Salm-Bodum sprach den neuen preussischen Wohnungs-Gesetzesentwurf, wobei er sich gegen die geplante Einschränkung der Selbstverwaltung wandte und für Reich und Städte ein umfangreiches Programm geforderter Tätigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungsweilens entwarf, so besonders die Reform des Hypothekensystems, des Erbbaurechts usw. — Die Verhandlungen gehen weiter.

Balkan.

Der Albanerkaufstand beendet? Nach den neuesten Berichten des serbischen Pressbüreaus sind die bulgarischen Banden und die Reste der albanesischen Banden im Weste Monatlich vollständig vernichtet, die serbischen Behörden wieder eingeleitet und die Ordnung wieder hergestellt worden. — In dem letzten Kampf bei Vranica sind die Albanen vollständig geschlagen worden.

Sofia, 6. Oktober. Die Agence Bulgare meldet: Anfolge des albanesischen Aufstandes und dessen von den Serben begonnenen blutigen Unterdrückung, die unter allgemeiner Nebenwirkung der bulgarischen und albanesischen Bevölkerung, insbesondere in den Gebieten von Kalfanden und Gostivar Gora vor sich geht, treffen Gruppen von Bulgaren aus jener Gegend, die durch die Flucht ins Gebirge dem Tod entronnen sind, auf bulgarischen Gebiete ein. Die Flüchtlinge erzählen, daß ihre Heimat jetzt ein wüstes Trümmerfeld sei.

Der griechisch-türkische Konflikt wird sehr beruhigend beurteilt. Auch heute lauten die Nachrichten teils optimistisch, teils pessimistisch. Nach der einen Darstellung, „daß man annehmen“, daß in absehbarer Zeit die Schwierigkeiten, die gegenwärtig noch bestehen, behoben sein werden“, nach einer anderen Meldung rückt sowohl die Türkei wie Griechenland am Kriege. Weil dem so sei, habe sich auch Serbien „genötigt gesehen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu verfügen, um sich gegen alle Eventualitäten zu sichern.“

Oesterreich-Ungarn.

„Patriotische“ Krawalle. In Brünn kam es am Sonntag zu Ausschreitungen der Tschechen gegen den von deutschen Vereinen veranstalteten „Sonntags“. Am Abend zog eine tausendköpfige Menge gegen den Großen Platz. Militär ging mit blanker Waffe gegen die Demonstranten vor, die tschechische Nationallieder sangen. In der Rudolfsgasse kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Menge. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

England.

Die Suffragetten im Kampf mit der Polizei. Die Suffragette Annie Kenney, die vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, wurde Montag nachmittag in London in einer großen Versammlung von Anhängerinnen des Frauenstimmrechtes von neuem verhaftet. Dabei kam es zwischen den Polizeibeamten und den erditterten Frauen, die sich Annie Kenneys Verhaftung widersetzen, zu einem Kampf. Wegen Widerstandes gegen die Polizei wurden auch Personen festgenommen.

China.

Quantität zum Präsidenten gewählt. Bei der am Montag stattgefundenen Wahl des Präsidenten der Republik wurde Yuan Shikai im dritten Wahlgang mit 507 Stimmen gewählt. Yuan Shikai erhielt 179 Stimmen. Die Verklindigung des Ergebnisses ist große Begeisterung im Parlament hervor. — Das auswärtige Amt hat die Gesandtschaften sofort von der Wahl Yuan Shikais benachrichtigt. Die Noten der Mächte, in denen die Republik anerkannt wird, sind nach dem Auswärtigen Amt unterwegs. Das Auswärtige Amt hatte vorher die Gesandtschaften übernommen, daß bei neuer

Wohle Wohlstand alle mit der Finanzverwaltung abgeklärten Verträge und die bestehende Fortentwicklung ausdrei- erhalten werde.

London, 6. Oktober. Der Petersburger Korrespondent der Times erhält die Mitteilung, daß die bevorstehende Unter- zeichnung der chinesischen Republik durch die Mächte hauptsächlich auf englischen Drängen erfolgt. Weiber Rußland nach Japan fällt die Angelegenheit als ebenso wichtig an- zusehen.

Aus der Partei.

Ein Winkeln vom Fußgänger.

Auf der Bezirkskonferenz in Frankfurt a. M. berichtete der Bezirkssekretär Genosse Dillmann folgenden sehr preiswürdigen Fall. In A r b o n , im Distrikt, wurde Genosse Günther, der Flugblätter verteilte, von dem Bürgermeister S i d m i h a n d e l t. Sid nahm ein Flugblatt und schlug es dem Genossen Günther so heftig in Gesicht, daß diesem der Qui vom Stofe fiel. Auf seine Ermahnung das Schöffengericht in Verbort auf die geringste zulässige Strafe von 3 M. Doch Sid war damit nicht zufrieden. Er legte Verwahrung ein und verweigerte sich der Hilfe des Landens. Dieser wurde zum Ver- weigerer des Sid und lieste dessen Verurteilungsdiktat hinzu.

Unschuldig an das Amtsgeschäft in Verbort. Sid kann nur versichern, daß der Bürgermeister Sid durchaus glaubwürdig ist und daß es sich deshalb dringend empfehlen dürfte, den Wert des Eides des Jürgen Kau, der der sozialdemokratischen Partei angehört, nochmals eingehend zu prüfen. Der Bürgermeister hat mir wiederholt auf seinen Dienstfideli- versichert, daß es durchaus unwahrscheinlich ist, daß er dem Bürger das Flugblatt in das Gesicht gestossen habe.

Die Verführung des schon verurteilten Bürgermeisters auf seinen Dienstfideli gegen eine beschworene Zeugnisaussage anzuschließen, ist geradezu ungenehmlich. Die Wähe war erfolglos. Die Strafammer belästigte das Urteil des Schöffengerichts. Und nun kam etwas, was noch unglücklicher ist, als die gelinde Bestrafung: Sid wurde — begnadigt.

Sum Falle Abel.

Der Vorwärts sagt in einer Notiz: Von der Auf- fassung einiger Parteimitglieder, daß Abel noch Mitglied der deutschen Organisation sei, kann nach Verlauf der Jenaer Verhandlungen, über deren Korrektheit und Klarheit die Meinungen weit auseinander gehen, keine Rede sein. Abel ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, infolge des Jenaer Beschlusses nicht mehr als deutsches Parteimitglied anzusehen.

Die an der Sache am meisten beteiligten Genossen in W e r m e n diskutieren darüber in einer Parteiverammlung, ohne schon zu einem Einverständnis zu kommen. Genossen W a n n e r wurde folgender Antrag eingereicht: Die Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen beantragt die Art und Weise, wie der Parteitag den Fall Abel behandelt hat und dem Antrag 45 rückwärtende Kraft auf eine Auf- nahme gab, die nach dem damals geltenden Statut völlig statutenmäßig stattdessen hat. Trotz dieser Bedenken spricht die Verammlung aus, daß der Sozialdemokratische Verein Bremen sich den Beschlüssen des Parteitages nicht widersehen darf, sondern einfach diese Beschlüsse auszuführen hat. Sie stellt sich, daß durch die Annahme des zweiten Teiles des An- trages 115 Mitglieder, der dem Antrag 45 Zehntel des Rechtsgarantien hinzugefügt, die Aufnahme Abels der neu- geschaffenen Bestimmung nicht widerspricht und, seiner Mitglieds- schaft als nicht im Wege liegend, daß aber durch die Erklärung des Parteivorstandes, die von anderen Genossen bestritten wird, Unklarheit darüber herrscht, ob dieser Bescheid als eine Abänderung des Antrages 45 zu gelten hat. Weil der Sozial- demokratische Verein sich außerhande sieht, diese Unklarheit zu beseitigen, und sie auch von seiner anderen Instanz als nur von einem Parteitag zweifelsfrei gelöst werden kann, be- schließt die Verammlung, den nächsten Parteitag um eine zweifelsfreie Entscheidung in dieser Frage anzurufen und bis dahin die Mitgliedschaft Abels ruhen zu lassen.

Das neue Heim der Hamburger Arbeiter

wurde am Sonnabend eröffnet. Der große Bau am Behn- vinderhof darf wohl als das größte Gewerkschaftsbauwerk Deutschlands angesehen werden. Am Jahre 1905 wurde der so- genannte Arbeiter mit einem Bauaufwand von 1.500.000 Mark errichtet. Nur zu bald stellte sich heraus, daß der Verkehr im Hause auch die höchsten Erwartungen übertraf und Erweiterungspläne laudeten auf. Glücklicherweise waren Erweiterungen durch weitestgehende Grundrissveränderungen möglich. Im vorigen Jahre wurde mit dem Bau und Umbau begonnen der in diesen Tagen fertiggestellt ist. Überwiegend 1.500.000 Mark waren nötig, den neuen Bau zu vollenden. Mit dem Bau- summen für die Grundstücke, die jetzt nunmehr das Gewerkschafts- haus etwa 3.500.000 Mark.

Die eigenartige Lage des Hauses an der Ecke des Geest- rüdens legt den Grundrissveränderungen in der Tiefe des jetzigen Grundrisses natürliche Schranken. So kommt es, daß das Gewerkschaftshaus dem Wohnraum in einer gewissen Form von 60 Metern gegenwärtig. Das ganze Grundstück ist 4380 Quadratmeter groß, die Räume umfassen etwa 13.000 Quadratmeter nutzbarer Fläche. Nicht eingerechnet ist dabei das Hotel Gewerkschaftshaus, ein neben dem Gewerkschaftshaus liegendes Gebäude, das 14 kleine, freundliche Hotelzimmer ent- hält. Auf die Vergebung, die sich zum Unterchied von vielen anderen Städten ebenfalls an der Straßenfront erhebt, ent- fallen 800 Quadratmeter Raumfläche. Das Hauptgebäude weist unten Laden auf, in der ersten Etage sind kleinere Säle ein- gebaut, während die oberen Stockwerke Büroarbeitsräume dienen. Dinter und unter dem Hauptgebäude liegt der große Saal, der mit seinen Nebenräumen 200 Personen Platz bietet. Die Rekrutierungsräume sind zusammen 900 Quadratmeter groß. Über dem Restaurant befindet sich in der ersten Etage das Café und hinter diesem, durch eine Wandelhalle laudatid ab- geschlossen, ein neuer Saal, der etwa 700 Personen faßt. Der neue Saal, das Café und die Restaurants bieten allein 3000 bis 3500 Personen Platz. In der Ausstattung der neuen

Räume hat sich das Gewerkschaftshaus neben den ersten Ham- burger Arbeiterhäusern sehen lassen, die Wehrhaft der soziale wird es weit überreffen. Auf gebogene Holzdecken ist das größte Gemälde gelegt. Das Hauptrestaurant weist Holztischbänke auf, unter anderen einen großen Pfeil, die an sich das Gewerkschaftshaus ein Gebilde sind, das man nicht über- übrigen ist das neue Haus mit allen Erzeugnissen der modernen Technik versehen. In der ersten Etage ist ein Apparat für die Vorführung von Lichtbildern vorgesehen. Ein Verjüngungs- ausgang führt neben dem Hauptrestaurant zum Keller bis zum Keller hinunter. Eine Belüftungsmaschine fördert frische, ge- ringe Luft in sämtliche Räume des ganzen Hauses. Diese Anlage ist durch Fernthermometer mit der Heizanlage ver- bunden, die im Keller des Hinterhauses eingebaut ist. Dieses Hintergebäude bildet übrigens auch noch in drei Stockwerken Büroarbeitsräume auf. In der großen im Erdgeschoß des Haupt- gebäudes liegenden Zentralfalle sind nicht minder alle möglichen und technischen Vorrichtungen des modernen Maschinen- betriebes verwertet. Auf elektrische Hebevorrichtungen sind die Speis- nach dem alten Saalbau und den Büroräumen hinüber. Die Saal- und Nebenräume für beide Geschlechter getrennt, haben dem Personal zur Verfügung. Große Säle und Esszimmer temperieren Getränke und Speisen; ihre Einrichtung allein kostet 20.000 Mark. Am Keller führt dann noch zwei Doppeltreppen eingebaut. Das elektrische Licht bezieht das Haus aus der Licht- und Kraftzentrale der Großelektrowerkschaft deut- scher Kaufmänner.

Die Hamburger Arbeiter können auf ihre „Waffenkammer“, die August Bebel 1906 bei der Einweihung den Bau taufte, stolz sein, um so mehr, als das Gewerkschaftshaus zugleich ein mächtiger Zeuge des schnellen Wachstums und der Kraft der Ar- beiterbewegung ist.

Gewerkschaftliches.

Der österreichische Gewerkschaftslongren.

Unter Beteiligung von mehr als 400 Delegierten trat Mont- agvormittag der 7. österreichische Gewerkschaftslongren in Wien zusammen. In Vertretung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ist Genosse Legien und Genosse Hanna erschienen. Legien hielt eine mit firmen- weitem Beifall angenommene Begrüßungsansprache, woraus ein bulgarischer Genosse die Weiden der bulgarischen Arbeiter durch den zweifachen Krieg und den Ruin der dortigen Ge- werkschaften schilderte. — Gen. Dr. A. l. e. bekräftigte in seiner Begrüßungsansprache den festen Willen, daß, wenn auch Österreich durch eine selbstmörderische Politik sich zugrunde richten sollte, die Arbeiter nicht gewillt seien, dieses traurige Ende mitzumachen, sondern durch kräftige organisatorische Arbeit ihr Dasein behaupten wollen. — Abg. Gen. D a s a s s k i schilderte die hundertjährige Krise in Galizien, die ge- radezu Hunger not für die Masse der Bevölkerung be- deutete. Dann erklarte Gen. H u e b e r, Sekretär der Reichskommission der Gewerkschaften seinen Bericht, wobei er einen Mißstand auf die Gewerkschaft in den letzten 20 Jahren tat, da der dreißigjährige Kongress ein Jubiläumslongren sei. Die Schwächung der Gewerkschaften durch den Separatismus scheint so ziemlich überhand zu nehmen; die zentralistischen Gewerkschaften arbeiten rüftig weiter. Der Webner wies dann auf den Solidaritätsfonds, der zur Abwehr ganz be- sonders starker Angriffe des Unternehmertums gebildet wurde, und der schon eine erhebliche Höhe erreicht hat, hin. Während die Unternehmer für das Jahr 1913, um eine große Zahl Tarifverträge abzulaufen, einen allgemeinen Sturm auf die Gewerkschaften geplant haben, sind sie vor den 15 Millionen Kronen in den Kassen der Gewerkschaften zurückgeblieben. Es folgte nun eine Debatte, in der einzelne Kapitel der Tätigkeit der Gewerkschaften besprochen wurden.

Zum Österrischen Eisenbahnerstreik.

In letzter Zeit hatgenauere Untersuchungenführtenwiederum zu keinem Ergebnis. Von den Streikenden selbst fanden sich bisher keine weiteren Mitteilungen. Es ist in der hiesigen Presse er- klärt, daß er irgend eine Abmilderung der von ihm für die Wiederaufnahme der Arbeit geltend gemachten Bedingungen nicht eintreten läßt oder vor der Wiederaufnahme der Arbeit über irgend welche der von den Arbeitern vorgebrachten Wünsche zu verhandeln bereit wäre. Zu den eingehendsten Fragen nahmen am 3. Oktober zwei öffentliche Volksversammlungen Stellung. In einer Resolu- tion brachten die Versammelten den fälschlichen Arbeitern ihre volle Sympathie aus und lasteten ihnen die weitestgehende Unter- stützung zu. Ganz entschieden erheben die Versammelten Protest gegen die vom Ministerrat und Stadteroberverordnetenversammlung vorgenommene Verurteilung des fälschlichen Streiks und die Auf- wendung bedeutender Summen für Arbeitslosigkeit. Sie erklären darin eine schwere Schwächung der Interessen der gesamten Steuerzahler. Von den fälschlichen Streikenden wird erwartet, daß sie unabwählig mit den Arbeitern in Verhandlungen eintreten und eine Beilegung des Konfliktes herbeiführen.

Streik der Berliner Eisenbahner.

Die Eisenbahner hatten beschloffen, den bis 30. September d. J. geltenden Tarif zu kündigen, um in einem neuen Tarif Ver- besserungen der Löhne und Arbeitszeiten zu erhalten. Die wichtigsten Forderungen bestanden in Verkungung der Arbeitszeit um wöchentlich zwei Stunden, Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfennig, erhöhte Bezahlung der Montagearbeit mit 20 Pfennig pro Stunde und Verdrängung der Lehrlingskassal. Die Unternehmervereinigung stellte dem Gewerkschaft eine eigenen Forderung, der neben ganz geringfügigen Zuschlägen die For- derung auf Zulassung der Affordarbeit enthielt. Das lehnten die Eisenbahner ab und sie wendeten sich, den Verein- barungen entziehend, an das Einigungsamt des Gewerkschafts. Der Sekretär der Unternehmervereinigung, Herr Hoffe, erklarte dort, um zu erklären: Wir verhandeln nicht! Auch der Schieds- spruch, daß die Unternehmer diese Forderung bekräftigen müßten, zeitigte keine andere Wirkung. Die Eisenbahner beschloffen hierauf am 1. Oktober, die Arbeit zunächst ruhig fortzusetzen, um die Haltung der Unternehmer zu beobachten. Verschiedene Unternehmer ließen durchblicken, daß ihnen sehr an einer friedlichen Erledigung gelegen sei. Das veran- laßte eine weitere Verammlung der Eisenbahner zu dem Ent- schluß, nunmehr an jeden einzelnen Unternehmer mit einem Tarif

beranzutreten. Dieser Tarif war in einzelnen Punkten etwas gegen- ben ernten Gewerkschaften, um damit zu zeigen, daß die Arbeiter gleichfalls für eine friedliche Beilegung seien. Den Unternehmern sollte bis Sonnabend den 4. Oktober freigegeben werden, sich durch Unterwerfung auf den Tarif zu verpflichten. Am Sonntag fand nun abermals eine Verammlung der Eisen- bahner statt. Dort ergab sich, daß nur zwei Unternehmern geantwortet und in einem Falle die Beilegung, zu verhandeln, zu erkennen gegeben wurde. Der Vorsitzende der Unternehmervereinigung hatte aber geäußert, Verhandlungen seien nur aussichtsreich, wenn die Arbeiter sich nicht nur auf den Tarif beschränken, sondern sich nicht nur der Referent, sondern auch sämtliche Disputations- referent sprachen begeben; es wurde nachdrücklich verlangt, daß die Unternehmer offensichtlich eine friedliche Lösung nicht wollen, müßte der Kampf aufgenommen werden. Mit 117 gegen 2 Stimmen wurde beschloffen, sofort den Streik zu erklären.

Professoren der Moskauer Arbeiter.

In Moskau haben die Gelehrer aller Druckereien einen ein- tätigen Professoren erklärt, weil die beherrschten Straßenbahnangelegenheiten nicht freigegeben worden sind. Der Streik soll zugleich als Ausdruck der moralischen Unterstützung der Auskündigen dienen. Am Montage erschien keine Zeitung. Auch die Arbeiter mehrerer großen Fabriken haben die Arbeit eingestellt. In dem Streik nehmen über 24.000 Arbeiter teil. Die freistehenden Gelehrer und Arbeiter verlaufnen in mehreren Fällen, den Straßenbahnverkehr zu hemmen. An einer Stelle wurden die Straßen eines Straßen- bahnhagens eingeschlagen und die Fahrgäste gewungen aus- steigen. Ein Polizeioffizier wurde schwer verletzt. Sechs Arbeiter wurden verhaftet. Gegen 2 Uhr wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt.

Allerlei.

Wagen kirchlicher Beilegung.

Aus Brann schreibt man der Wiener Arbeiter-Zeitung: Der von den Wieneren geschätzte Aberglaube wurde von einem Verjüngungs- punkt zu einem unglücklichen Schicksal ausgenutzt. Im Vorjahr bei Widan starb im Februar d. J. der Bauer Martin Dumberg, dessen Witwe in tiefem Aberglauben befangen ist. In derselben Gemeinde leben ein anderer Bauer und seine Frau, Frau; und Marie Kretschitz, die eines Tages im Mai bei der Witwe Dumbergs erschienen und ihr erzählten, daß ihr verstorbenen Gatte ihnen nach 12 Uhr erwidern ließe und ihnen auftreteten habe. Ihre munder- jährige Tochter zu der Witwe zu geben, damit sie in der Wirtschaft arbeite. Einige Tage später kamen die Gelehrte Kretschitz wieder zu der Witwe und erklarten, daß ihr verstorbenen Gatte abermals bei ihnen zu Besuch kommen ließe und ihnen den Schlüssel zu dem Hause der Dumbergs mit dem Beschlusse mitbrachte, daß die Witwe ihnen die ganze Wirtschaft abtreten solle. Der selbige Martin habe ihnen dabei aufgetragen, dieses Schmeigeln zu bekräftigen, da sonst die Witwe von einem schweren Unglück betroffen werden würde. Einige Tage später ließ sich die Kretschitz nicht mehr in das Haus der Witwe, weil ihm hoher Stimme im Hause ihre Witwe und forderte sie als der Geist des Verstorbenen zur Ab- tretung der Wirtschaft auf die Gelehrte Kretschitz auf. Unter dem Vorgehen, daß er für das Grab ihres Gatten ein Kreuz und ein anderes für die Christusglobe befragen werde, lockte Frau Kretschitz der Witwe 2000 Kronen heraus und behielt sich von dem Betrag 1100 Kronen. Vor einigen Wochen brachten die Gelehrte Kretschitz die Witwe durch viele Versicherungen zu einem Vor- in Aufbruch und ließen sich dort von ihr das Haus samt Feldern und allem Inventar verbriefen. Dabei verboten sie der Witwe, etwas zu sprechen, da dies dem Seelenheil ihres Gatten iduen würde. Das Gerücht erfuhr von diesem Betrag und ließ das Ober- wesen verhaften, das sich nun wegen dieser betrügerischen Ausnutzung der kirchlichen Erbschaftsregeln zu verantworten haben wird.

Schwerer Eisenbahnglück in England.

Bei Einfahrt in den Bahnhof von Dünnaborg stieß ein aus Klein kommender Schnellzug mit einer von einem Postzuge los- gekoppelten Lokomotive zusammen. Mehrere Personen wurden getötet, sieben schwer und elf leicht verletzt.

Ueberflutungen am Geylon.

Durch große Ueberflutungen wurden auf der Insel Ceylon die Eisenbahnen zerstört. Hunderttausende Ruht wurden durch einen Erdstößig lebendig begraben. Unter den vielen Ertrunkenen befindet sich auch ein europäischer Pfleger.

Unternehmer-Praktik.

In Wiesbaden hat der Direktor der Gilbottengesellschaft W. B. Krieger, den zwanzigjährigen Eilboten Ebel nach einem kurzen Wortwechsel, der infolge einer Unvorsichtigkeit von drei (W) entlassen war, erschossen. Der Mordling wurde verhaftet. Er konnte nur mit Mühe vor dem Publikum in Sicher- heit gebracht werden.

Eine amerikanische Stadt durch Stürme zerstört.

Die Stadt Nome im amerikanischen Staate Alaska ist durch häufige Stürme fast ganz zerstört worden. Ueber 500 Häuser sind bereits eingestürzt, weitere dem Einsturz nahe. Der Schaden wird auf 1/2 Millionen Dollar geschätzt.

Altes Mordel. Vom Schädelknochen der Arbeit.

In den Steinbrüchen bei Marcella explozierte eine Dynamit- patrone zu früh; zwei Arbeiter wurden schwer ver- stümmelt und getötet, mehrere andere schwer verletzt. — Politischer Mord. Wie aus Cairo gemeldet wird, überfiel ein französischer Student merrühnlich den sein Gebet verrichtenden Professor der Al-Azhar-Universität, Schach Zahani, und tötete ihn durch mehrere Schüsse. Der Mörder, der auch zwei Studenten, die ihn festnehmen wollten, verhandelt, wurde ver- harrt. — Ein Mordfall. In Chicago ist ein Mann namens Henry Spencer verhaftet worden, der beschuldigt wird, die Langbeinigen Spencer ermordet zu haben. Er soll hien und 13 andere Morde, von denen er 10 im vergangenen Jahre begangen haben will, eingestanden haben.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

GRATIS Quaker Oats LÖFFEL 1900

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind.

Aus bestem Metall hergestellt und schwer versilbert sind diese Quaker Oats Löffel von gossor Haltbarkeit.

Sie brauchen nicht zu warten, bis Sie sämtliche Gutscheine beisammen haben, senden Sie uns per Postanweisung M. 1.25, und wir werden Ihnen den Löffel sofort zugehen lassen. Dieser Betrag wird Ihnen zurück- erstattet, wenn uns bis 31. Dezember 1914, die erforderliche Anzahl Gutscheine zugesandt wird.

QUAKER OATS COMPANY, m. b. H., Abt. BQ. HAMBURG.

Jahresbericht

der sozialdemokratischen Partei des Bezirkes Halle (Saale).

Wie in den früheren Jahren, so bringen wir auch diesmal in unseren nachfolgenden Mitteilungen nur dasjenige was sich auf die Organisation und Agitation der Gesamtbewegung des Bezirkes bezieht. Durch Verpredung von Vorkäufen, die Polizeimaßnahmen, Gerichtsverfahren, Streiks usw., durch die in dieser oder jener Beziehung die politische Bewegung mit beeinflusst wurde, hätten wir unseren Bericht noch sehr viel erweitern können, wir haben uns aber auf das allernötigste beschränkt und glauben damit im Einklang mit den Genossen im Bezirk zu handeln.

Soweit die Tätigkeit und die Massenabnahme des Bezirksvorstands in Betracht kommt, bezieht sich unser Bericht auf die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913. Also auf ein volles Jahr. Dagegen beziehen sich die Feststellungen über den Mitgliederstand, die Massenverhältnisse und die allgemeine Parteiloyalität in den einzelnen Kreisen nur auf dreiviertel Jahr, nämlich auf die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913.

Mitgliederbewegung im Bezirk.

Am Schlusse unseres Berichtes hatten wir die Hoffnung ausgesprochen, auch im neuen Jahre einen weiteren, schönen Fortschritt erzielen zu können. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Statt eines Fortschritts haben wir einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Das vorige Berichtsjahr hatte eine Zunahme an Mitgliedern um fast 25 Prozent gebracht, dagegen das verfllossene Jahr einen Rückgang um 1,8 Prozent. Im vorigen Berichtsjahre waren wir um fast 4000 Mitglieder gestiegen, im verflossenen Jahre sind wir um 483 gesunken. Wir hatten 1912: 24 360 Mitglieder und hatten am Ende des März (bis dahin gehen die diesjährigen Kreisberichte) nur noch 23 907 Mitglieder. 57 der Rückgang auf nicht sehr erheblich, so ist er doch in hohem Maße zu bedauern, und im laufenden Jahre müssen alle Kräfte eingesetzt werden, um einen neuen Aufschwung zu erzielen.

Vorläufige Untersuchungen und dem des Bezirksvorstandes bezüglich bezüglich der Mitgliederzahl eine erhebliche Differenz. Nach unserem Bericht hatten wir im Vorjahre nur 24 360, nach dem des Bezirksvorstandes aber 25 432. Diese Zahl ist irrig und sonach auch der Rückgang gegen das Vorjahr in Wirklichkeit nicht so groß, wie es nach dem Bericht des Bezirksvorstandes schien.

Die Zahl der Ortsgruppen im Bezirk betrug im Vorjahre 197, im Jahre 1913 aber 200.

Die nachfolgende Tabelle zeigt uns den Mitgliederstand.

Kreis	1912		1913	
	1. Juli	31. März	1. Juli	31. März
Delitzsch-Bitterfeld	18	3 082	265	1 285
Halle und Saalfeld	42	7 961	968	9 120
Mansfelder Kreise	25	1 200	431	1 380
Merzbürg-Duerfurt	21	8 029	943	8 380
Raumb.-Weissenf.-Bez.	46	5 001	1 194	8 407
Sangerhausen-Edertal	21	4 778	888	8 280
Torgau-Liebenwerda	14	1 774	273	443
Wittenberg-Schweinitz	18	870	72	873
Summe	200	23 907	3 220	9 069

Aus den vorstehenden Feststellungen ist zu ersehen, daß wir bisher in jedem Jahre eine mehr oder minder große Mitgliederzunahme zu verzeichnen hatten. Wägen ist die zu erwarten, da die sich zeigende Abnahme im verflossenen Jahre ganz besonders schmerzhaft fühlbar. Sehen wir uns diese Zahlen noch näher an. Die weitere Tabelle zeigt uns Näheres über das Verhältnis in den einzelnen Kreisen.

Zu- und Abnahme in den einzelnen Kreisen gegen das Vorjahr.

Bezirk	Zunahme gegen das Jahr 1912	Abnahme gegen das Jahr 1912
Delitzsch-Bitterfeld	72	2
Halle und Saalfeld	49	25
Mansfelder Kreise	318	11
Merzbürg-Duerfurt	135	2
Raumb.-Weissenf.-Bez.	61	11
Sangerhausen-Edertal	47	2
Torgau-Liebenwerda	47	5
Wittenberg-Schweinitz	47	5
Im ganzen Bezirk	865	114

Wir haben also im ganzen Bezirk nur 865 Mitglieder gewonnen, aber andererseits 114 verloren. Statt eines Fortschritts einen Rückgang um 1,8 Prozent. Wenn auch sicher angenommen wird, daß diesmal nur ein geringer Fortschritt möglich sein würde, so ist doch das Vorjahr, weil das ein Wahljahr war, so hätten wir doch keinen Rückgang erwartet. Zum Beispiel fällt der abnorme Rückgang im Mansfelder Kreise auf, der gewiß zum Teil mit der Abwanderung von Arbeitern zu erklären ist, aber nicht gänzlich. Eifrige Hausagitation hätte sicher einiges ausgleichen können. Das gilt auch für die übrigen Kreise, in denen Rückgang zu verzeichnen ist. Der Jahresbericht der erneute einträgliche Verlesung, daß gerade in unangünstigen Zeiten um so stärker gearbeitet werden muß, um Rückgang zu vermeiden. In allen Kreisen mit genügender Intensität gearbeitet worden, so mußte es möglich sein, den Rückgang zu vermeiden. Das beweisen die Kreise Merzbürg und Wittenberg, in denen eine Zunahme um 11 Prozent bzw. 5 Prozent erreicht wurde. Von beiden Streifen ist uns bekannt, daß mit Hilfe Hausagitationen betrieben wurden.

Nach der Hausagitationen bei den Kreisen ein gewisses „Mildebedürfnis“ vorhanden war, ist aufzufassen, daß dessen Folgen für die Organisation durch entsprechende Kleinarbeit wieder ausgeglichen werden. Veranlassungsmäßigkeit und Milderbedürfnis der Massen nach einer großen Aktion wird sich noch wiederholen, aber in der Organisationsfähigkeit der Partei zu zeigen.

Infolge der fast gleich geliebten Mitgliederzahlen in der Partei hat sich das Prozentverhältnis der politisch zu den gewerkschaftlich organisierten und zu den Reichstagswählern zu ungunsten des letzteren, daß wir Abstand genommen haben, darüber eine tabellarische Zusammenstellung zu bringen.

Die Agitation.

Schon in dem Abschnitt über die Mitgliederbewegung haben wir ausgesprochen, daß die Agitation im Berichtsjahre zu wünschen übrig ließ. Der Reichstag der großen Volksversammlungen hat im allgemeinen nicht befriedigt, aber auch die Kleinagitation war nicht unbedingt genug. Ergeben wir einige größere Aktionen zu erliegen hatten, wie die Protestbewegung gegen die Kriegsheberien und gegen die neue Wahlvorlage, und dann ferner die preussische Landtagswahl, war das Interesse an Versammlungen sehr gering. Infolge dessen sind die öffentlichen Versammlungen abgehalten worden, nämlich nur 311 gegen 849 im vorigen Berichtsjahre. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß wir diesmal nur mit dreiviertel Jahr rechnen und daß außerdem ins vorige Berichtsjahr die Reichstagswahlen fallen. Die Mitgliederversammlungen sind außerdem in dem gleichen Verhältnis wie im Vorjahre abgehalten worden. Das ist aber ebenfalls ungenügend, wenn man sich vor Augen hält, daß die Orte, in denen wir die Möglichkeit zu Versammlungen haben, um uns also Sozialisten zur Verfügung stehen, sich von 157 auf 182 vermehrt haben. Wir wollen die Hoffnung aussprechen, daß im kommenden Jahre die vermehrte Versammlungsmöglichkeit auch entsprechend ausgenutzt werden. Es braucht nicht immer darauf getarnt zu werden, bis mal ein Meisterei in die Mitgliederversammlung bestellt wird, sondern die Versammlungen müssen auch ohne das regelmäßig abgehalten werden.

Einigen erfolgreichen Bericht haben einige kleinere Orte mit der wiederholten Einladung der Zeitung abonnnenten zu Besprechungen gemacht. Die Leser des Volksblatts sind dazu meist zahlreich erschienen und es konnte ihnen irgendeiner kleiner interaktiver Vortrag gehalten werden. Bei diesen Gelegenheiten wurden auch in der Regel neue Mitglieder gewonnen. Die Hausarbeit hat man auf der ganzen Linie in der Regel war, auch an solchen Orten eine größere Anzahl Personen zusammenzubringen, wo uns kein Vorkauf zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung steht. Nach dem Vereinskreis brauchen solche Besprechungen nicht angewendet werden, weil sie sich nur auf einen bestimmten Kreis besonders eingehender Vorbereitung bedürfen. In fast jeder ansehnlichen oder mehr mündlich oder durch kleine Hausarbeit einladend. Nicht geladene Personen dürfen natürlich nicht zugelassen werden, um sich vor beherrschender Schere zu schützen.

Wit besonderem Nachdruck muß immer wieder auf die Notwendigkeit der Hausagitation hingewiesen werden. Meinen wir, daß die Hausarbeit nicht nur ein Mittel zur Gewinnung einer Hausagitation für Gewinnung neuer Mitglieder oder neuer Leser der Parteipresse unternommen wird. Bei diesen wiederholten Hausagitationen kommen die Genossen mit den uns noch Fernstehenden in persönliche Beziehung, und schließlich wird es gelingen, nicht bloß neue Mitglieder und Leser, sondern neue, ernst mitwirkende Freunde unserer großen Sache zu gewinnen.

Die schriftliche Agitation kam im Gegensatz zur mündlichen, als genügend besprochen werden. Wir haben Flugblätter, einschließlich des Stadts- und Landboten und der Karte in einer Auflage von insgesamt 70 000 zur Verfügung gestellt. Die Arbeit kann man in 7 Jahren nicht mehr auf mehr als schließlich auch nicht mehr. Im vorigen Berichtsjahre hatten wir zwar eine Gesamtauflage von über 2 1/2 Millionen; aber das erklärt sich aus den Erfordernissen der Reichstagswahl. Außerdem hatten wir 145 000 Volksblätter verteilt, fast die gleiche Zahl, wie die des Vorjahres. Bei der Auslastung des neuen Alexander wieder etwas verbesert wurde, ist auf eine weitere Steigerung der Auflage zu rechnen.

Der Stadt- und Landbote hat sich eingebürgert. Mit seinem Inhalte ist man ebenfalls im großen und ganzen zufrieden, wir glauben einzelne Genossen, daß er immer noch bringen müßte. Können sie einen Artikel oder eine Seite, die sie schon im Volkblatt oder in einer anderen Parteizentrale gelesen haben, so sagen sie: „Ach, das haben wir ja schon gelesen“, und sehen darin einen Mangel. Da man dieser Ansicht mehrfach begegnet, ist es nötig, hier kurz darauf einzugehen. Wie alle Agitationsorgane, so hat der Stadt- und Landbote ein gewisses Maß an Unzulänglichkeiten. Bei der Redaktion sind wir für die Indifferenzen und für die die uns fernstehenden. Diejenigen, die keine sozialdemokratische Kreise lesen, können durch Schriften, wie der Stadt- und Landbote über alle wichtigen Dinge in sozialdemokratischer Beziehung unterrichtet werden. Es muß also möglichst viel Artikel und Notizen aus der Tagespresse übernommen werden, damit sie auch den bekannt werden, die sonst nur die geistige Kost der bürgerlichen Presse genießen. (Von demselben Gesichtspunkte wird auch der Stoff für den Volksfalter entnommen.)

In den meisten Kreisen wird der Stadt- und Landbote vielfach ausgetragen, nur in rein ländlichen Bezirken hat man sich mit halbjährlicher Verbreitung begnügt. Man sollte sich aber auch hier bemühen, wenigstens in den kleinen Landstädchen und wichtigsten Dörfern, den Stadts- und Landboten vielfach zu verbreiten. Ein Bedürfnis dafür liegt zweifellos vor. Den finanziellen Streit wird der Stadt- und Landbote zum Teil gratis zur Verfügung gestellt, doch wird trotzdem die Verbreitungskosten, bei dem Mangel an Kräften noch ziemlich erheblich. Die Verbreiter nehmen zwar nur das Fahrgehalt und die allernotwendigsten Ausgaben entrichtet, doch bleibt immerhin für die ländlichen Kreise ein gewisses Maß an Ausgabe übrig. Die Gesamtauflage jeder Einzelnummer des

Landboten beträgt im Durchschnitt rund 100 000. Die Karte im Zeiter Kreise, erschien wieder monatlich mit einer Durchschnittsauflage von 6000.

Näheren Aufschluß ergibt die nachfolgende Tabelle.

Wahlkreis	Verkaufsmengen		Flugblätter und Broschüren	Volksfalter
	Eine mit Veranlassung	Einzelstücke		
Delitzsch-Bitterfeld	18	54 122	120 000	19 000
Halle und Saalfeld	19	61 91	296 500	25 000
Mansfelder Kreise	11	11 84	5 750	10 000
Merzbürg-Duerfurt	26	46 195	85 000	25 000
Raumb.-Weissenf.-Bez.	75	59 331	210 000	27 000
Sangerhausen-Edertal	7	27 100	29 500	14 000
Torgau-Liebenwerda	20	29 199	78 000	15 200
Wittenberg-Schweinitz	6	24 68	51 000	10 000
Summe	182	311 1190	927 500	145 200

Die Finanzen.

Gegen wir bei weiter unten folgender Betrachtung der Reichstagswahl, daß es sehr schön vorwärts gegangen ist, und daß wir die Zahl der Mitglieder nicht als alleinigen Maßstab für das Wachstum unserer Kräfte betrachten können, so zeigen uns auch die Massenverhältnisse Ähnliches. Die Vermögensverhältnisse in den Kreisen sind nämlich fast das Doppelte geblieben, von 10 246,45 M. im Vorjahre auf 20 033,90 M. im Berichtsjahre. Dabei ist zu beachten, daß es sich diesmal nur um Dreivierteljahr handelt. Bei einem vollen Jahre wäre das Verhältnis sicher noch günstiger. Ein Vergleich mit den Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres ist diesmal nicht möglich, weil zu der Zeit, die sich im vorliegenden Bericht auf ein volles Jahr bezieht, hat, noch hinzutreten, daß dort auch die Einnahmen und Ausgaben für die Reichstagswahlen in Betracht kommen. Die Einnahmen und Ausgaben insgesamt und in den einzelnen Kreisen ist aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich.

Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Kreise auf die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913.

Wahlkreis	Einnahmen insgesamt		Ausgaben insgesamt		Reinvermögen	An die Ortsstellen abgelehnt	An die Ortsstellen abgelehnt
	M	S	M	S			
Delitzsch-Bitterfeld	8 100	638	6 039	70	2 060	93	1 354
Halle und Saalfeld	40 688	74 207	37 820	151	38	4 922	12
Mansfelder Kreise	2 767	89	2 564	70	208	19	251
Merzbürg-Duerfurt	8 572	41	5 570	98	3 001	48	1 294
Raumb.-Weissenf.-Bez.	15 818	91	13 253	50	2 565	41	3 358
Sangerhausen-Edertal	1 926	20	1 600	80	326	—	240
Torgau-Liebenwerda	3 904	66	2 562	89	1 341	77	500
Wittenberg-Schweinitz	3 711	84	3 330	63	381	79	441
Summe	85 491	28 956	459 440	3 008	90 122	362	16 369

1. Halle hat völlig ganzjährig 40 688 M. Einnahmen während in den übrigen Kreisen die Ortsstellen (Differenz) einen Teil der Einnahmen für sich verwenden, beziehungsweise verschiedene Ausgaben, wie für Referenten, Interesse, Agitation usw. selbst bezahlen. Deshalb ist es unmöglich, genau feststellen, wie hoch die Gesamteinnahmen aus dieser der Kreise sind. Eine völlige Zentralisierung des Kassensystems ist auch für die meisten Kreise nicht angebracht. Günstigen Ortsgruppen muß eine gewisse Selbständigkeit gelassen werden.

2. Der Hallefallende alle Kreise differiert um 2 M. 94. mit den Einnahmen und Ausgaben der Kreise, die sich nicht auf einen reinen Bericht bezieht, sondern die den Kreis der einzelnen Kreisberichte.

Jugendbewegung.

Trotz erheblicher Widerstände hat die freie Jugendbewegung in unserem Bezirk auch in diesem Jahre erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Aus dem Bericht der Jugendbewegung für das vergangene Jahre bis 30. Juni dieses Jahres laufende Berichtsjahr geht hervor, daß die Zahl der Jugendvereine von 40 auf 54, die Zahl der Mitglieder von 1210, nämlich von 2765 auf 3875 gestiegen ist. Das ist ein durchaus erfreuliches Resultat, wenn man bedenkt, daß die mit reichen Genossen arbeitenden norddeutschen Jugendvereine alle Gebiet in Bewegung setzen, um den Arbeiterelementen die Herzen ihrer Kinder abzugeben und ihnen Spaß und Betätigung einzuflohen gegen alles, was in der Not der Gegenwart den Lebensmut der Arbeiterkinder aufrecht erhält, was den Inhalt ihrer besten Schicht über die Zukunftshoffnungen ausmacht. Die Zahl der Jugendvereine, die allerdings zum Teil in gemieteten Nebenräumen oder in Gastwirtschaften untergebracht sind, stieg von 12 auf 26. Jugendbibliotheken bestanden früher in 13, jetzt in 18 Orten. In zahlreichen Orten vermittelte die Jugendvereine auf teils gemieteten, teils ungenutzten Räumen der Arbeiterpartei zur Verfügung gestellten Blagen. Auf den öffentlichen Spielplätzen, die durchwegs aus allgemeinen Mitteln geschaffen worden sind, dürfen sich nur die frommen, „nationalen“ Junglinge tummeln. Doch der Kampf mit den Behörden und in der Reichweite unserer Jugendvereine sehr großen Erfolg, auch nicht ohne Opfer. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der nicht nur den Jugendvereinen, sondern auch den Jugendvereinen, die sich in der Zukunft für sich hat.

